

Gräfenthaler Stadtrat stoppt Straßenbau

Im September sollte eine grundhafte Sanierung beginnen, von der die Anwohner bis Mitte Juli nichts wussten

22. Juli 2017 / 02:59 Uhr



Anwohner der Weidigstraße vor dem Gräfenthaler Rathaus, wo am Donnerstagabend die Sondersitzung des Stadtrates zum grundhaften Ausbau ihrer Straße stattfand. Nach Protesten der Bürger über die Art und Weise, wie sie davon erfuhren, nahm der Stadtrat den Beschluss zurück.
Foto: Thomas Spanier

Gräfenthal. Mit der deutlichen Mehrheit von zwölf zu drei Stimmen stoppte der Stadtrat von Gräfenthal bei seiner Sitzung am Donnerstagabend im Rathaussaal den bereits im vergangenen Jahr beschlossenen grundhaften Ausbau der Weidigstraße. Das Geld für die Planung der Baumaßnahme ist bereits an ein Saalfelder Ingenieurbüro geflossen. Nun gehe es darum, weiteren Schaden von der Stadt abzuhalten, sagte Bürgermeister Peter Paschold (parteilos) am Ende der Sitzung, an der etwa 20 Besucher teilnahmen.

Bei ihnen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Anwohner der Weidigstraße, die bei einer Informationsveranstaltung acht Tage zuvor nach eigener Auskunft erstmals von den Plänen erfuhren. Vorgesehen war, dass bereits im September die Bagger anrollen. Erneuert werden sollten Wasser- und Abwasserleitungen, Gehsteige und die Straßenbeleuchtung. Weil es sich um eine Anliegerstraße handelt, wären hohe Straßenausbaubeiträge auf die Grundstückseigner zugekommen.

Übel nahmen die Betroffenen Verwaltung und Stadtrat vor allem, dass sie erst so spät in die Vorgänge eingebunden wurden. In den nach den Stadtratsbeschlüssen im vergangenen Jahr veröffentlichten Mitteilungen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Schiefergebirge war jeweils vom zweiten und dritten Bauabschnitt der Maßnahme Lichtenhainer Weg die Rede. Dies sei unter diesem Namen so auch im Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt ausgewiesen, erläuterte Robert Heerwagen, Geschäftsleitender Beamter der VG.

Weder Straßename noch Zeichnung bekannt

„Woher sollten wir als Anwohner denn wissen, dass damit die Weidigstraße gemeint ist?“ fragten beispielsweise Lutz Pohl und Marko Hetzer in der am Donnerstag vorgeschalteten Bürgerfragestunde und bemängelten den Umgang mit den Bürgern, denen so das Recht auf demokratische Mitbestimmung genommen worden sei.

Hetzer, der in der Weidigstraße eine Tischlerei mit fünf Mitarbeitern besitzt, erinnerte daran, dass die Hausanschlüsse für Wasser und Abwasser erst vor zehn Jahren erfolgt und von den Anwohnern auch bezahlt worden seien. Er habe Aussagen vom Zweckverband Wasser/Abwasser (ZWA) Saalfeld-Rudolstadt, dass es keinen zwingenden Grund zum Leitungs- und Kanalbau in der Weigelstraße gebe. Die Straßenbaubeiträge summierten sich für einzelne Anwohner auf „sehr hohe fünfstellige Beträge“. Es sei nicht Aufgabe des Stadtrates, Bürger und Unternehmen zu schädigen.

Bürgermeister Paschold räumte ein, dass bei der Kommunikation Fehler passiert seien. So hätte im Amtsblatt der korrekte Name Weidigstraße oder eine Zeichnung des fraglichen Abschnitts veröffentlicht werden müssen. Jetzt aber stünden die Mittel aus der Bedarfszuweisung zur Verfügung und sollten im Interesse der Lebensqualität der Bürger auch verbaut werden. Man sei bei der Ausschreibung auf Forderungen der Anwohner eingegangen. So solle Beton- statt Granitpflaster verwendet werden und statt der Bürgersteige gebe es überfahrbare Flächen.

Den Flickenteppich der Weidigstraße lediglich durch eine neue Asphaltdecke zu ersetzen, sei keine Option. „Für Flickschusterei gibt das Land kein Geld mehr“, so Paschold, der darauf verwies, dass es für Beitragsschuldner Möglichkeiten der zinsfreien Stundung und Ratenzahlung gebe. Die Stadt habe eine Verkehrssicherungspflicht, „damit sich niemand die Knochen bricht, wenn er über die Straße geht“.

Die Ausschreibung des grundhaften Ausbaus erfolge in der nächsten Woche im Staatsanzeiger. Nach dem ablehnenden Beschluss der Stadtratsmehrheit müsse man nun auf das Versenden der Ausschreibungsunterlagen verzichten. Fördermittel spielten in dem ganzen Verfahren keine Rolle, weil der Ausbau von Anliegerstraßen prinzipiell nicht gefördert werde. Nach der Entscheidung werde sich jetzt über Jahre der Zustand der Straße nicht verbessern. Denkbar sei, dass der ZWA seine Leitungen auch ohne Beteiligung der Stadt verlegt.

In der Diskussion unter den Stadträten deutete sich früh eine Ablehnung des Baus an. So hegte etwa Gerhard Scheufler (FFW/BI) Bedenken bezüglich des Ausgangs einer rechtlichen Auseinandersetzung.

Eingeschaltet hatte sich auch die Bürgerallianz Thüringen in Person ihres Landesvorsitzenden Wolfgang Kleindienst. „Wenn quasi alle Anwohner dagegen sind, darf nicht gebaut werden. Was hier passiert, ist zum Teil existenzgefährdend“, so der Pößnecker.

Thomas Spanier / 22.07.17